

Europawahlen 2004

Informationsblatt
für Kirchen

März 2004



Conference of European Churches
Conférence des Églises Européennes
Konferenz Europäischer Kirchen
Конференция Европейских Церквей



Eurodiaconia 

We link our members to serve for solidarity and justice

Kommission für Kirche und Gesellschaft der Konferenz europäischer Kirchen 174 rue Joseph II, B-1000 Brussels, Tel: 32 2 230 17 32 Fax: 32 2 231 14 13,
E-mail: csc@cec-kek.be, 8 rue du Fossé des Treize, F-67000 Strasbourg, Tel: 33 3 88 15 27 60, Fax: 33 3 88 15 27 61, E-mail: csc@cec-kek.com, www.cec-kek.org

APRODEV, Boulevard Charlemagne 28, B-1000 Brussels, Tel: 32 2 234 56 60, Fax: 32 2 234 56 69, E-mail: aprodev@aprodev.net, www.aprodev.net

Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) 174 rue Joseph II, B-1000 Brussels, Tel: 32 2 234 68 00, Fax: 32 2 231 14 13,
E-mail: info@ccme.be, www.cec-kek.org.

Eurodiaconia 166 rue Joseph II, B-1000 Brussels, Tel: 32 2 234 38 60 Fax: 32 2 234 38 65 E-mail: brandstaetter@eurodiaconia.org, www.eurodiaconia.org

Vom 10. bis 13. Juni 2004 werden zum sechsten Mal die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt gewählt. Diesmal bieten die Wahlen auch die Gelegenheit, an einer erweiterten Europäischen Union aus 25 Staaten mitzuwirken, von denen zehn gerade erst in die EU aufgenommen werden. Für die Bürger dieser zehn Länder stellen die Wahlen die erste Möglichkeit dar, sich aktiv zu beteiligen. Für alle EU-Bürger, in den neuen wie in den alten Mitgliedstaaten, bieten sie eine Chance, die eigene Verantwortung wahrzunehmen und Engagement für die Europäische Union zu zeigen. Der Beitritt zur Union hat alte Grenzlinien auf unserem Kontinent abgebaut und es werden acht Länder in ihre Mitte aufgenommen, die früher durch ihr politisches System an einer echten Zusammenarbeit gehindert wurden. Die Diskussion über die zukünftige Gestalt der Union wird zu einem Zeitpunkt geführt, zu dem sich die gesamte Weltgemeinschaft ernststen Problemen gegenübersteht. Die neue EU braucht auch

erneuertes Engagement; ihre Führungsstrukturen, ihre Rolle, ihr Wesen und ihre Funktion müssen neu überdacht werden.

Die jüngsten Entwicklungen in Europa zeigen die wachsende Bedeutung der in der EU ablaufenden Prozesse für alle ihre Bürger. Kirchen und kirchennahe Organisationen sind dabei nicht nur unbeteiligte Zuschauer.

Als Autoren dieses Informationsblattes (siehe Liste am Textende) verfolgen wir vor allem zwei Ziele. Zum einen möchten wir Kirchen in den Mitgliedstaaten der EU Informationen und Anregungen zur Diskussion während des Europawahlkampfes liefern, zum anderen möchten wir (wenn auch nicht erschöpfend) auf einige Problembereiche hinweisen, die von Kirchen und kirchennahe Organisationen bei verschiedenen Gelegenheiten den Europäischen Institutionen vorgebracht wurden.

Die Rolle und die wichtigsten Aufgaben des Europäischen Parlaments

Die Kirchen setzen sich für eine zunehmende Demokratisierung der EU ein; das Parlament stellt dafür eines der wichtigsten Instrumente dar. In seiner jetzigen Form hat das Europäische Parlament folgende Aufgaben:

- Es berät die Vorschläge der EU-Kommission und arbeitet mit dem Rat bei der Gesetzgebung zusammen. In einigen Bereichen ist das Parlament Mit-Gesetzgeber. Wenn dies der Fall ist, kann es mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder Gesetze ändern oder ein Veto gegen Entscheidungen des Rates einlegen.
- Gemeinsam mit dem Europäischen Rat beschließt das Parlament den Haushalt der Union und kann dadurch die Ausgaben der EU beeinflussen. Das Parlament muss dem Haushalt der Union zustimmen.

- Das Parlament übt demokratische Kontrolle über die EU Kommission aus. Es stimmt der Ernennung von Kommissaren zu, entlastet die Kommission und kann auch ein Misstrauensvotum gegen sie aussprechen.
- Es übt die politische Kontrolle über alle EU-Institutionen aus.
- Durch die Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern können Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine wichtige Rolle dabei spielen, die Menschen in den jeweiligen Mitgliedstaaten zu informieren und in die Vorgänge einzubeziehen.
- Die Bürger der EU werden 732 Abgeordnete des Europäischen Parlaments auf fünf Jahre wählen.

Zukunft

Im Entwurf eines Verfassungsvertrages für die EU wird dem Parlament deutlich mehr Macht eingeräumt. Es wird dann alle Ausgaben der Union überwachen und bei allen Punkten des Haushalts das letzte Wort haben. Auch durch eine Ausweitung

des Mitentscheidungsverfahrens auf 80 % aller Politikbereiche wird das Parlament an Einfluss gewinnen. Die nationalen Parlamente würden enger in den Gesetzgebungsprozess der EU eingebunden.

Weitere Informationen über das Europäische Parlament gibt es auf der Website www.europarl.eu.int. Wenn Sie wissen möchten, wie sich die politischen Parteien auf die Europawahlen vorbereiten, finden Sie Informationen auf den Websites der Parteien in Ihrem Land oder auf der Website des Europäischen Parlaments

Schwerpunkte für Kirchen und kirchennahe Organisationen

Kirchen und kirchennahe Organisationen sind sich ihrer Verantwortung für die weitere Entwicklung Europas bewusst. Dies hat sich zuletzt bei der Ausarbeitung des Verfassungsvertrages für die EU gezeigt. Themen, die die Entwicklung der EU betreffen, wie z.B. die Erweiterung, die grundlegende Reform wichtiger Politikbereiche, z.B. der Landwirtschaftspolitik, aber auch der Prozess der europäischen Integration in seiner umfassenderen Bedeutung

stehen zunehmend im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Menschen in der Union. Deshalb beschäftigen sich Kirchen und kirchennahe Organisationen mit den kommenden Europawahlen und versuchen, während des Wahlkampfes mit Kandidaten zu diskutieren. Dieses Informationsblatt soll allen an der Wahl Interessierten helfen, sich auf solche Gespräche vorzubereiten.

Welche Union wollen wir?

Die Europäische Union muss eine **Wertegemeinschaft** sein. Versöhnung und die Förderung einer Kultur des Friedens sind wohl die besten Beispiele für die Rolle von Werten beim Aufbau der Union. Solche und andere Werte, wie z. B. Solidarität und Menschenwürde, sind für die EU unersetzlich und gehören traditionell zu ihren Ecksteinen. In letzter Zeit wird der Rolle von gemeinsamen Werten in der Europäischen Union wachsende Aufmerksamkeit geschenkt, wie die Entwicklung der Charta der Grundrechte und des Entwurfs zum EU-Verfassungsvertrag während der letzten Legislaturperiode deutlich zeigen.

Die Grundlage der EU **kann nicht auf ihre wirtschaftliche Dimension beschränkt werden**. Der so oft betonten Rolle des Wettbewerbs in der Union muss echte Solidarität gegenüberstehen. Die erweiterte EU muss innerhalb ihrer Grenzen, zwischen den Mitgliedstaaten, Regionen und Bürgern, aber auch gegenüber ihren Partnern in Europa und in Übersee praktische Solidarität zeigen.

Subsidiarität und Bürgernähe

Die Bürger der Union fürchten, dass Europa sich weiter zentralisiert, dass Brüssel sich zu sehr in die Angelegenheiten der Mitgliedstaaten einmischt, oder dass sie ihre kulturelle Identität verlieren. Ob diese Ängste nun gerechtfertigt sind oder nicht, sie müssen von den PolitikerInnen ernst genommen werden. Hier könnte das Parlament mit gutem Beispiel vorangehen

Arbeitslosigkeit und soziale Benachteiligung

In der EU fällt die Sozialpolitik in die Kompetenz der Mitgliedstaaten. Dennoch spielen Koordination und Informationsaustausch auf Unionsebene eine wichtige Rolle. Die weiterhin hohe Arbeitslosenquote, die einen wachsenden Teil der Bevölkerung an den Rand der Gesellschaft drängt, stellt eine der größten Herausforderungen für die Unionspolitik und für die einzelnen Staaten dar. **Wir erwarten vom zukünftigen Parlament, dass es die Schaffung fairer Arbeitsmöglichkeiten für alle zu einem Schwerpunkt seiner Politik macht**. Bestimmte, im Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen, wie z. B. behinderte Menschen, Frauen, Alleinerziehende, Migranten und ethnische Minderheiten, verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Mit Besorgnis sehen Kirchen und kirchennahe Organisationen die wachsende Armut, besonders die Armut von Kindern und von Familien mit Kindern. Die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung und der Fortschritt neuer Technologien in allen Bereichen des Wirtschaftslebens verlangt der Arbeitswelt zweifelsohne einige Flexibilität ab. Die Veränderungen dürfen jedoch nicht nur zu Lasten der schwächsten Gruppen der Gesellschaft gehen. **Arbeitsmarktpolitik kann nicht losgelöst von der Sozialpolitik betrieben werden und wirtschaftliche Strategien dürfen nicht ohne Rücksicht auf das soziale Gewissen verfolgt werden**.

Menschenrechte

Das Europäische Parlament beschäftigt sich oft mit Menschenrechtsfragen. Kirchen und kirchennahe Organisationen hoffen, dass das zukünftige Parlament weiter **die Menschenrechte**

Die EU muss ihre **Verantwortung für den gesamten Kontinent** angemessen wahrnehmen und entsprechende Verbindungen zu ihren unmittelbaren Nachbarn sowie zu ihren zukünftigen Partnern in Osteuropa und im Balkangebiet aufbauen. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass zwischen einer größeren Aufmerksamkeit für das „nahe Ausland“ und dem Ziel der Armutsbekämpfung in den sogenannten Entwicklungsländern ein gutes Gleichgewicht gefunden wird.

Die EU muss besonders darauf bedacht sein, **Europa als multikulturellen und multiethnischen Kontinent** zu fördern, als einen Ort der Begegnung, der seine eigenen Traditionen anerkennt und gleichzeitig eine Vielfalt von Kulturen und ethnischen Gruppen, die auf seinem Gebiet leben, aufnehmen kann. Die Union muss wahrhaft **pluriform** werden und ihre Vielgestaltigkeit als eine der wesentlichen Eigenschaften der Europäischen Gesellschaft schützen.

indem es **engere Verbindungen zu den Wählern** aufbaut, seine Informationspolitik kritisch hinterfragt und sich – etwa durch Konsultationen – um einen intensiven Meinungsaustausch zwischen Mandatsträgern und Bürgern bemüht. Es ist für die EU und besonders für ihr Parlament von grundlegender Bedeutung, das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Die Vision für Europa heißt Lebensqualität für alle. **Wirtschaftswachstum bedeutet keine Sicherheit vor Armut und sozialer Benachteiligung**. Obwohl oft als Hauptziel der EU beschrieben, führt es nicht automatisch zu einer höheren Lebensqualität.

Jeder muss das Recht haben, in Würde alt zu werden. **Die europäischen Länder müssen angemessene und nachhaltige Renten für ihre Bürger garantieren**. Es muss verstärkt an Altenpflegesystemen und an Langzeitpflege gearbeitet werden.

Die Qualität der sozialen Dienstleistungen und der Zugang zu ihnen ist ein sichtbarer Ausdruck der Solidarität und der Menschenwürde für alle. **Die Qualität der sozialen Dienste muss vor dem Druck des freien Wettbewerbs geschützt werden**. Die Überbetonung des Prinzips von Angebot und Nachfrage hat zu einem ungesunden Wettbewerb nicht profitorientierter Anbieter untereinander geführt, in dem Geld der entscheidende Faktor bei der Bewertung der Qualität der angebotenen Dienste ist.

innerhalb und außerhalb der Union thematisiert. Als Organisationen, die oft mit marginalisierten und kaum beachteten gesellschaftlichen Gruppen in Europa

und anderswo zusammenarbeiten, sehen sie für diese Arbeit dringenden Bedarf.

In der europäischen Gesellschaft sind sowohl auf Unionsebene als auch in den einzelnen Staaten Maßnahmen gegen die vielen Formen von Gewalt an Frauen dringend notwendig. Solche Maßnahmen sollten **die Gewalt bekämpfen sowie gleiche Rechte und Chancen für Frauen fördern.**

Migrations- und Asylpolitik

Bis Mai 2004 werden Entscheidungen zur Asyl- und Migrationspolitik einstimmig im Ministerrat gefällt – die Einflussmöglichkeiten des Parlaments sind bisher beschränkt. Der Entwurf für den Verfassungsvertrag sieht jedoch eine gemeinsame Entscheidung des Parlaments und des Rates auf diesem Gebiet vor. Kirchen und kirchennahe Organisationen hoffen, dass das Parlament weiter zu diesem Thema arbeiten wird und sich besonders damit beschäftigt, **eine gerechte Migrations-**

Neue Technologien

Aufgrund des schnellen Fortschritts der neuen Technologien in allen Lebensbereichen möchten Kirchen und kirchennahe Organisationen die PolitikerInnen dazu anhalten, in jedem Fall den wirtschaftlichen Vorteil und das wahre Interesse der Menschen genau abzuwägen. Dies ist besonders dort sehr wichtig, wo die möglichen Auswirkungen neuer Forschungs- und Produktionsmethoden auf menschliches Leben nicht im Voraus zu bestimmen sind. In der Kontroverse um die Patentierung

Europa und die Welt

Die Europäische Union gehört zu den weltweit wichtigsten Gebern von humanitärer und Entwicklungshilfe. Während der letzten Legislaturperiode hat es an Statements zur EU-Entwicklungspolitik nicht gefehlt. Auch der Entwurf für den Verfassungsvertrag enthält klare Richtlinien für die Hilfe außerhalb der Union und erkennt die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung sowie die Bedeutung der Armutsbekämpfung an. Dennoch gibt es viele Probleme, die unserer Meinung nach in der fünfjährigen Amtszeit des neuen Parlaments engagiert in Angriff genommen werden sollten.

Die EU muss viel stärker als bisher **die Kohärenz ihrer unterschiedlichen Politikbereiche** zum Ausdruck bringen. Es kann keine annehmbare Vorgehensweise sein, einerseits Entwicklungshilfe zu leisten und andererseits die gesellschaftliche Stellung armer Menschen durch die eigene Handels-, Landwirtschafts- oder sonstige Politik zu untergraben. Die humanitäre und Entwicklungshilfe sollte nicht zum bloßen Werkzeug einer EU-Außen- und Sicherheitspolitik werden, die lediglich die Interessen der Union zu schützen sucht. Wir erwarten von den Europäischen Institutionen, dass sie **echte multilaterale Politik und nicht das Kräftespiel unilateraler Vorgehens fördern.**

Mit der Erweiterung werden zehn neue Staaten Mitglied der EU. Die meisten von ihnen haben wenig Geld zur Verfügung und noch keine starke Tradition der Entwicklungszusammenar-

Es ist ein Grund zu großer Besorgnis, dass in Europa wieder Sklaverei auftritt, besonders durch die Zunahme des **Menschenhandels**. Menschenhandel geht mit unmenschlicher und erniedrigender Behandlung von Personen einher. **Bei der Bekämpfung dieses Verbrechens muss den vom Menschenhandel Betroffenen wirksamer Schutz und Hilfeleistung garantiert werden.**

und Asylpolitik zu finden, die die Rechte von Migranten in Europa schützt und an den in der Genfer Konvention festgelegten Richtlinien zum Schutz von Flüchtlingen festhält. Eine gute Migrationspolitik macht auch eine verbesserte Zusammenarbeit mit Drittstaaten nötig, die bilaterale Rückübernahmeabkommen und Anwerbekampagnen ersetzen sollte. Das Ziel müssen ausgewogene und kohärente Migrationsabkommen sein.

biotechnologischer Erfindungen und um die Kennzeichnung genetisch veränderter Nahrungsmittel haben sich die Mitglieder des Europäischen Parlaments den Sorgen vieler Bürger gegenüber sehr offen gezeigt. Im Bewusstsein der Botschaft des Evangeliums, die den menschlichen Eingriffen in Gottes Schöpfung Grenzen setzt, hoffen wir, dass die Mitglieder des neuen Parlaments ihre Rolle als Wächter genauso bewusst wahrnehmen werden.

beit und der humanitären Hilfe. Es findet kaum eine öffentliche Diskussion über diese Themen statt, **sowohl Aufbau von Kapazitäten als auch umfassende Informationskampagnen** sind hier nötig.

Von Beginn an hat die EU besondere Beziehungen zur Gruppe der AKP-Länder (Afrika, Karibik, Pazifik) entwickelt. Das Cotonou-Abkommen, das derzeit die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Ländern regelt, hat mit seiner Betonung der Menschenrechte, der guten Regierungspraxis und der Beteiligung der Zivilgesellschaft einige lobenswerte Aspekte. Problematisch sind dagegen die Pläne zur Einrichtung von Freihandelszonen zwischen der EU und regionalen Gruppen von AKP-Ländern bis Ende 2007. Freier Handel führt nicht automatisch zu einer Verringerung der Armut und zu nachhaltiger Entwicklung. Deshalb müssen die EU-Institutionen (zusammen mit den AKP-Ländern) **sicherstellen, dass die Handelsgespräche und alle anderen Maßnahmen darauf hinzielen, die Entwicklungsziele der UN für das neue Jahrtausend (MDG) zu erreichen. Insbesondere soll die Anzahl der Menschen, die in absoluter Armut leben bis 2015 um 50 % verringert werden.** In der kommenden Legislaturperiode stellt sich den EU-Institutionen die Herausforderung, wirksam auf diese Ziele hinzuwirken und langfristige, auf die Armutsbekämpfung konzentrierte Entwicklungsprogramme umzusetzen.